

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 14. Sitzung - öffentlicher Teil -

am Mittwoch, dem 3. März 2010, 14:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)

Gerrit Koch (FDP)

Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Silke Hinrichsen (SSW)

Weitere Abgeordnete

Hans Hinrich Neve (CDU)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Serpil Midyatli (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Innenministeriums zur geplanten Demonstration in Lübeck am 27. März 2010	6
hierzu: Umdruck 17/114	
(wird voraussichtlich in Teilen nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO beraten werden)	
2. Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht	7
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/64	
3. Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages	8
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/92 (neu)	
4. Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“	10
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Umdrucke 17/44 und 17/390	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)	11
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/10	

- 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes und des Landeswahlgesetzes** **12**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/269
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -)** **13**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
Drucksache 17/251
- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes** **14**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/250
- 9. Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg** **15**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/224
- 10. Dritter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst – Dritter Gleichstellungsbericht (2003 – 2008) – Drucksache 16/2798** **16**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/176

11. Optionszwang abschaffen **17**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/253

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/286

12. Verschiedenes **18**

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministeriums zur geplanten Demonstration in Lübeck
am 27. März 2010**

hierzu: Umdruck 17/114

(wird voraussichtlich in Teilen nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3
LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO beraten werden)

St Dornquast bittet darum, den Bericht des Innenministeriums zur geplanten Demonstration in Lübeck in nicht öffentlicher Sitzung abgeben zu dürfen, da dem Ausschuss auch polizeitaktische Überlegungen mitgeteilt werden sollten.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, unterbricht die öffentliche Sitzung um 14:32 Uhr.

Der Ausschuss berät weiter in nicht öffentlicher Sitzung (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende eröffnet den zweiten öffentlichen Teil der Sitzung um 15:22 Uhr

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/64

(überwiesen am 16. Dezember 2009 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Kalinka schlägt vor, sich dem Votum des Umwelt- und Agrarausschusses anzuschließen, dem Landtag den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Tierschutz-Verbandsklagerecht, Drucksache 17/64, zur Ablehnung zu empfehlen.

Abg. Hinrichsen möchte wissen, in welchen Bundesländern es bereits ein Tierschutz-Verbandsklagerecht gebe. - St Rabiun antwortet, als einziges Bundesland habe Bremen dies gesetzlich geregelt.

Abg. Matthiessen betont noch einmal die Haltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die die Initiative zur Einführung eines Tierschutz-Verbandsklagerechts für geboten halte, da zwar das Tierschutzrecht Verfassungsrang erlangt habe, das geschützte Subjekt Tier jedoch noch keinen Vertreter habe, der sein Recht vor Gericht durchsetzen könne. Analog zum Naturschutzrecht sei dies jedoch wünschenswert. Er schlägt vor, in Bezug auf diese rechtliche Situation noch eine Anhörung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf durchzuführen. - Abg. Eichstädt unterstützt diesen Verfahrensvorschlag.

In der anschließenden Abstimmung beschließt der Ausschuss zunächst mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, keine Anhörung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf durchzuführen.

Der Ausschuss schließt sich sodann der Empfehlung des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an, dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Tierschutz-Verbandsklagerecht, Drucksache 17/64, abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE
und SSW
Drucksache 17/92 (neu)

(überwiesen am 28. Januar 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Europausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/292, 17/405,
Schreiben des Wissenschaftlichen Dienstes vom
17. Januar 2010

Abg. Kalinka stellt kurz den von CDU und FDP vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 17/405, vor.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, regt an, diesen Änderungsantrag von CDU und FDP um die Nummer 2 aus der Vorlage des Wissenschaftlichen Dienstes vom 17. Januar 2010 zu erweitern, in § 11 a Abs. 2 der Geschäftsordnung die Angabe „11“ durch die Angabe „13“ zu ersetzen. Außerdem plädiere die SPD-Fraktion dafür, den Bereich der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes angelehnt an die Ressortzuteilung im Justizministerium dem Innen- und Rechtsausschuss zuzuweisen. - Abg. Hinrichsen unterstützt den Vorschlag der SPD-Fraktion, die Rechtsaufsicht über die Atomkraftwerke dem Innen- und Rechtsausschuss zuzuordnen.

Abg. Kalinka erklärt, CDU und FDP verträten die Auffassung, dass Energiepolitik und Atomaufsicht als Teil davon in einem Zusammenhang beraten werden und deshalb auch einem Ausschuss zugeordnet sein sollten.

Abg. Fürter schließt sich der Auffassung von CDU und FDP an und weist auf die fachliche Nähe der Atomaufsicht zur Energiepolitik hin. Der Themenkatalog des Innen- und Rechtsausschusses sei auch ohne die Atomaufsicht schon sehr umfangreich. Außerdem gehe er davon aus, dass diese Zuordnung, wie sie jetzt im Antrag in Umdruck 17/405 vorgesehen sei, von den Regierungsparteien mit der Regierung auch abgesprochen worden sei.

CDU und FDP nehmen die Anregung des Vorsitzenden, Abg. Rother, auf, ihren Änderungsantrag um eine Nummer 2 bezüglich der Änderung in § 11 a Abs. 2 der Geschäftsordnung zu ergänzen.

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und SSW bei Enthaltung der Stimme der Fraktion DIE LINKE dagegen aus, den Bereich der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes dem Innen- und Rechtsausschuss zuzuordnen.

Der ergänzte Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Umdruck 17/405, wird einstimmig bei Enthaltung des SSW angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Europaausschusses einstimmig, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Drucksache 17/92 (neu), in der so geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdrucke 17/44 und 17/390

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig ohne weitere Aussprache, die Zulässigkeit der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ festzustellen.

RD Harms vom Wissenschaftlichen Dienst regt an, die Beratungen im Plenum über die Beschlussempfehlung des Ausschusses zur Zulässigkeit der Volksinitiative auch gleich mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Volksinitiative zu verbinden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10

(überwiesen am 19. November 2009)

hierzu: Umdrucke 17/285, 17/297, 17/298, 17/299, 17/315, 17/324, 17/369,
17/375

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss berät kurz darüber, zusätzlich zur beschlossenen mündlichen Anhörung auch eine schriftliche Anhörung durchzuführen und in sie gegebenenfalls die Ergebnisse des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes mit einzubeziehen.

RD Harms vom Wissenschaftlichen Dienst teilt mit, der Wissenschaftliche Dienst plane, dem Ausschuss sein Gutachten unmittelbar nach der Osterpause vorlegen zu können.

Der Ausschuss diskutiert außerdem darüber, den Kreis der schon benannten Anzuhörenden weiter einzugrenzen.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, ihre Beratungen über das Verfahren auf ihre nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes und des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/269

(überwiesen am 24. Februar 2010)

- Verfahrensfragen -

Abg. Kalinka spricht sich dafür aus, den Fraktionen noch einmal etwas Zeit für die Beratungen über den vorliegenden Gesetzentwurf einzuräumen und noch nicht heute in der Sache zu entscheiden.

Der Ausschuss folgt diesem Verfahrensvorschlag und vertagt seine Beratung auf seine nächste Sitzung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
DIE LINKE
Drucksache 17/251

(überwiesen am 24. Februar 2010)

- Verfahrensfragen -

Abg. Fürter regt an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und sich auch das Anhörungsergebnis aus dem Innenausschuss in Berlin anzugucken, der dieses Thema gerade diskutiert habe.

Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag zu, zunächst eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein, Drucksache 17/251, durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, innerhalb einer Woche ihre Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses zu benennen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/250

(überwiesen am 25. Februar 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Kalinka schlägt vor, am 21. April 2010 mit den beteiligten Ausschüssen eine gemeinsame mündliche Anhörung durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, regt an, dem eine schriftliche Anhörung vorzuschalten und erst danach zu einer mündlichen Anhörung einzuladen.

Abg. Jezewski unterstützt den Vorschlag der SPD-Fraktion, zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen, eine mündliche Anhörung könne dann auch noch im Mai stattfinden.

Abg. Hinrichsen beantragt für den SSW, für die Benennung der Anzuhörenden 14 Tage Zeit zu bekommen, da es sich um ein sehr komplexes Thema handele.

Der Ausschuss beschließt, zunächst eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP zur Änderung des Sparkassengesetzes, Drucksache 17/250, durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, innerhalb der nächsten sieben bis 14 Tage ihre Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses zu benennen. Die Frist für die schriftliche Anhörung soll bis zum 19. April 2010 laufen. Außerdem nimmt er in Aussicht, im Mai 2010 zusätzlich eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/224

(überwiesen am 25. Februar 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Hinrichsen bittet um eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung, da die Kostenfrage von dem schleswig-holsteinischen und dem hamburgischen Landesrechnungshof kritisiert worden sei. - Der Ausschuss schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an, zunächst den Landesrechnungshof um eine schriftliche Stellungnahme zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zu bitten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Dritter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst
- Dritter Gleichstellungsbericht (2003 - 2008) Drucksache 16/2798 -**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/176

(überwiesen am 24. Februar 2010)

- Verfahrensfragen -

Abg. Damerow schlägt vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2798, dem Landtag zur Kenntnisnahme vorzuschlagen.

Abg. Fürter erklärt sich damit einverstanden, regt jedoch an, im Ausschuss noch einmal getrennt über die im Bericht angesprochene Detailproblematik der Beurteilung von Teilzeitkräften und deren Entwicklung zu beraten. - Der Vorsitzende, Abg. Rother, schlägt vor, dies im Rahmen des Besuchs des Justizministeriums in der Sitzung des Ausschusses am 26. März 2010 mit auf die Tagesordnung zu setzen. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, einstimmig, den Dritten Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst - Dritter Gleichstellungsbericht (2003 - 2008) - Drucksache 16/2798, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Optionszwang abschaffen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/253

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/286

(überwiesen am 25. Februar 2010)

- Verfahrensfragen -

Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. Rother, kommt der Ausschuss überein, zu dieser Thematik zunächst den angeforderten Bericht der Landesregierung in der siebten Plenartagung abzuwarten.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Rother, informiert über sein Gespräch mit der Leiterin des Referats Öffentlichkeitsarbeit in der Landtagsverwaltung, das er auf Wunsch des Ausschusses - ausgelöst durch einen Vorschlag von Abg. Kalinka - geführt habe. Dabei habe sich herausgestellt, dass eine stärkere Berücksichtigung der Ausschussarbeit in der Presseberichterstattung, unter anderem in der Landtagszeitung, ein Kapazitätsproblem darstelle, zum einen personell, da zurzeit eine Stelle im Referat unbesetzt sei, zum anderen auch aufgrund der vorgegebenen Seitenzahl der Zeitschrift. Im Internet auf den Seiten des Landtags werde über die Ausschussarbeit berichtet. Außerdem bestehe nach wie vor das Angebot, auf Wunsch über Themen im Rahmen der Möglichkeiten auch zu berichten und zum Beispiel vorbereitete Pressemitteilungen zu veröffentlichen.

Abg. Hinrichsen bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses noch einmal das Thema Volksbegehren zur Rettung der Realschulen aufzugreifen und Frau Söller-Winkler zu bitten, insbesondere über die Vielzahl der ungültigen Stimmen in dem Verfahren zu berichten. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Abg. Hinrichsen regt außerdem an, das Innenministerium schon einmal um einen Bericht zur Neuordnung der Ämterstruktur nach dem gerade ergangenen Gerichtsurteil des Landesverfassungsgerichtes zu bitten. - Abg. Eichstädt schlägt vor, Initiativen in diese Richtung zunächst den Fraktionen zu überlassen. - Abg. Kalinka unterstützt die Ausführungen von Abg. Eichstädt und erklärt, gefordert sei jetzt in erster Linie zunächst der Gesetzgeber.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 16:25 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin